

Posener Zeitung.

Vierundsechzigster

Jahrgang.

Nr. 69.

Freitag, 10. Februar

1871.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 14 Tblr., für ganz Preußen 1 Tblr. 24 Sgr. — Beilagen können alle Postanstalten des In- u. Auslandes annehmen.

Inserate 14 Sgr. die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur 6 Sgr. 10 Hdr. Vormittags angenommen.

Annahme-Bureau:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Gallen:
Kunze & Co.,
in Berlin, Dresden,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg,
Wien u. Basel:
Hanssen & Vogler,
in Berlin:
A. Kelmeyer, Schloßplatz;
in Breslau: Emil Gubath.

Offizielle militärische Nachrichten.

Versailles, 9. Februar. Die Forts Haut-Verde und Basse-Verde vor Belfort wurden am 8. d. hiesig in Besitz genommen. Die Abgabe der Geschütze und Waffen der Armee vor Paris hat am 7. begonnen.
(Vorstehende Depesche wiederholen wir weil sie nicht in allen Exemplaren der gestrigen Ausgabe Aufnahme gefunden hat.)

Die San Domingo-Frage im Bundesrat der Vereinigten Staaten.

Wir haben bereits in Nr. 6 d. Bl. an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß Präsident U. S. Grant in seiner letzten Kongressbotschaft eindringlich die Annexion von San Domingo empfahl, obgleich sich die Bundeslegislatur, wie frühere Kongressbeschlüsse beweisen, diesem Lieblingsplane des Oberhauptes der nordamerikanischen Union durchaus nicht hold zeigte. Kürzlich hat nun aber doch, als diese Frage von Neuem zur Sprache gebracht wurde, der Bundesrat mit 31 gegen 9 Stimmen, den vom Senator Morton eingebrachten Beschlüssen, in denen der Präsident bevollmächtigt wird, eine Kommission zur Untersuchung der San Domingo-Angelegenheit nach San Domingo zu senden, zugestimmt. Gegen diese Beschlüsse stimmten die fünf republikanischen Senatoren Sumner, Schurz, Morrill (von Vermont), Patterson und Tipton und die vier Demokraten Casserly, McCreech, Stockton und Thurman. Einunddreißig Senatoren fehlten bei der Abstimmung, welche freilich erst nach einer fünfzehnstündigen, bis spät in den Morgen hineindauernden Nachbesserung stattfand. Es läßt sich daher nicht mit Gewißheit sagen, welches Stimmenverhältnis in dieser, nicht bloß Amerika, sondern auch Europa interessierenden Frage sich bei einem vollen Hause herausgestellt haben würde.

Gleichwohl ist nicht zu verkennen, daß Präsident Grant und dessen Lieblingsidee diesmal einen glänzenden Sieg über die Gegner derselben errungen haben; und dieser Sieg gewinnt eine erhöhte Bedeutung durch den Umstand, daß die Mehrheit des Senats bei der beregten Abstimmung, trotz der Aufklärungen, welche besonders der unerschrockene Senator Charles Sumner über den ganzen verdächtigen Handel gab, jedes Amendement zu den der Kommission zu erteilenden Instruktionen, durch welches irgend welche der Behauptungen der Präsidentenbotschaft (z. B. die, daß eine europäische Macht sich einen Theil San Domingos zu erwirben suchte) in Frage gestellt worden wären, verworfen. So sind nach einander Amendements verworfen, welche eine Untersuchung der die angebliche dominikanische Abstammung zu Gunsten der Annexion begleitenden Umstände, eine Untersuchung in Betreff des Verhaltens der Vereinigten Staaten-Flotte in jenen Gewässern und der einseitigen Unterdrückung, welche dieselbe dem der Annexion günstigen Herrn Baerz gegen dessen Gegner Cabrel und gegen Hayti gewährte, eine genauere Nachfrage, welche europäische Macht auf San Domingo oder auf einen Theil desselben reflektire, und Aufklärungen über andere verdächtige Umstände forderten.

Somit also hat die Mehrheit der republikanischen Senatoren dem Präsidenten Grant ein Vertrauensvotum gegeben. Aber wir bezweifeln noch sehr, daß Herr Grant damit seinem eigentlichen Ziele, der Annexion San Domingos so viel näher gekommen ist, wie von manchen Seiten angenommen wird. Man darf nämlich erstens nicht übersehen, daß unter denen, welche den Morton'schen Beschlüssen zustimmten, und welche diese Gelegenheit ergriffen, um den Präsidenten auf das Entschiedenste gegen die Angriffe seiner ausgesprochenen Gegner zu vertheidigen, ebensoviele entschiedene Gegner des San Domingo-Projekts selbst bekannt waren, und von denen man kaum annehmen darf, daß sie jetzt, nachdem sie gesehen, wie unzulässig und mißbilligend die öffentliche Meinung in der Union über die Sache urtheilt, ihre Ansicht plötzlich geändert haben. Und man kann ferner nicht übersehen, daß die Morton'schen Beschlüsse selbst im Grunde nur die Erledigung der ganzen Angelegenheit hinauschieben und die Frage so lassen, wie dieselbe zur Zeit der Mittheilung der Präsidentenbotschaft stand. Der Präsident erklärte dem Kongresse, daß die Annexion San Domingos eine herrliche Sache sei, und daß absolut Alles zu Gunsten dieser Maßregel und nichts dagegen spreche; und der Senat erwiderte nun hierauf, der Präsident möge doch so freundlich sein und noch einmal Leute aussenden, welche eine eingehendere Untersuchung der Sache vornehmen sollen. Das verpflichtet den Senat natürlich nicht, nun auch ohne weiteres die Berichte für vollständig begründet anzunehmen, welche jene Kommission erstatten wird, und noch weniger, auf diese Berichte hin dem — allerdings heißen — Wünsche des Präsidenten zu entsprechen und San Domingo zu annektiren; es verpflichtet den Senat, im Grunde genommen, zu gar nichts.

Nun mag man uns aber fragen: wozu denn die ganze Farce? Wir unsererseits kennen selbstverständlich nicht die innersten Motive aller Derer, welche in dieser Angelegenheit eine Rolle mitgespielt haben; aber eins scheint uns doch aus den betreffenden Verhandlungen über die Frage, wie solche uns in verschiedenen amerikanischen Blättern vorliegen, klar und unabweisbar hervorzugehen, nämlich dies, daß die Mehrheit der republikanischen Senatoren die Absicht hatte, dem Präsidenten Grant, dessen Stellung in seiner eigenen Partei und dem Lande gegenüber in der letzten Zeit durch verschiedene Dinge erschüt-

tert, vielleicht sogar etwas kompromittirt worden ist, zu Hülfe zu kommen. Es ist die von verschiedenen freisinnigen Mitgliedern der republikanischen Partei, z. B. auch von Karl Schurz, neuerdings so arg mitgenommene, strikte Parteidisziplin, welche in den Morton'schen Beschlüssen und in den Verhandlungen und Abstimmungen über dieselben gegen ihre Gegner reagirt. Es ist die Antwort der blinden, strikten Parteipolitik auf die in allen amerikanischen Blättern so vielfach besprochenen Reden, in denen die Senatoren Schurz und Sumner jüngst das Treiben eben dieser Politiker an den Pranger stellten, und man muß zugeben, daß eine solche Antwort, — ein Niederstimmen eines Theils aller Anträge auf eine genauere Untersuchung von Vorgängen, die, so sehr sie die ganze Nation interessieren, möglicherweise den derzeitigen Chef der republikanischen Partei, den Präsidenten Grant, in ein schlechtes Licht stellen könnten, und andererseits ein anscheinend unbegrenztes Vertrauen auf die Einsicht dieses Chefs, welches sich durch die Ueberweisung der ganzen Untersuchung der San Domingo-Angelegenheit an ihn allein kundgeben soll — jedenfalls eine schlagende Antwort genannt zu werden verdient. Aber ob das Volk der großen transatlantischen Republik diese Art von Antwort auch als eine überzeugende ansehen und wem dieser letzte und oberste Schiedsrichter in der nordamerikanischen Union zuletzt Recht geben wird, denen, welche mit dem Muthe der Ueberzeugung und ohne Ansehen der Person die Interessen der Nation zu vertreten wagen, oder denen, welche die ganze Wahrheit nicht offen zu Worte kommen lassen und nur die Interessen einer Partei und des Chefs derselben im Auge haben: — das ist eine Frage, deren Beantwortung man in den Vereinigten Staaten getrost der Zukunft überlassen kann.

Unserer Ansicht nach ist für Europa die San Domingo-Affäre wohl eine nicht unwichtige, jedoch keine brennende Frage, und was die Vereinigten Staaten anbelangt, so kann der Kongress sie möglicher Weise noch so behandeln, daß sie in parlamentarischer Weise in aller Stille begraben wird. R. D.

Brief- und Zeitungsberichte.

Paris. Die Wahl-Instruktionen, welche für die von den Deutschen besetzten französischen Departements gegeben wurden, lauten wie folgt:

Art. 1. Die Maires der Haupt-Departementalorte werden sich sofort in Beziehung mit den Maires der Haupt-Arrondissemente, und diese mit den Maires der Haupt-Kantonsorte und der Gemeinde setzen. Sie werden denselben den Tag bekannt machen, an welchem die Deputirten zur Nationalversammlung dem Dekret vom 29. Januar 1871 gemäß ernannt werden. Der Maire einer jeden Gemeinde wird jedem eingeschriebenen Wähler die Wahlkarte einhändigen, vermittelt welcher er votiren wird. In Ermangelung der Karte werden die Wähler zur Abstimmung nach Feststellung ihrer Identität zugelassen. Art. 2. Der Maire des Haupt-Departementalortes wird die Zahl und den Ort der Wahllokale festlegen. Art. 3. Das Votum wird nach der Abstimmungsliste mit relativer Majorität stattfinden. Wegen der Hindernisse, die der Krieg darbietet, wird das Votum gültig sein, wie groß auch die Zahl der Abstimmenden sein wird. Art. 4. Die in jeder Sektion aufgestellten Wahlprotokolle werden an den Maire des Haupt-Departementalortes gesandt werden, wo die definitive Zählung stattfindet und das Votum protokolliert wird. Art. 5. Die Kandidatenlisten können durch den Maire, die Wahl-Komitees oder die Kandidaten gedruckt vertheilt und angeschlagen werden. Gegeben zu Paris, am 30. Januar 1871. Der Minister des Innern: Jules Favre. Gebilligt von der Regierung. (Folgt die Unterschriften.)

Nach Brüssel kamen Reisende, welche Paris am 4. Februar verlassen hatten. Es herrschte daselbst vollständige Ruhe. Ueber die Art und Weise, wie die Reise von Paris nach Brüssel zurückgelegt wird, bringt die „Independance“ folgenden Bericht eines Brüsseler Kaufmanns:

Am Freitag Morgen verließ ich Paris und begab mich in Gesellschaft von zwanzig Personen nach Gonesse. Wir hatten fünf Stunden Weg im tiefsten Schmutz zurückzulegen. Höchst ermüdet trafen wir in Gonesse ein. Nachdem wir einige Stunden ausgeruht, nahmen wir gegen 6 Uhr auf einem Wiesweg an und fuhren bis nach Chantilly. Es war eine furchtbare Fahrt. In Chantilly verbrachten wir die Nacht. Dieser erste Tag war hart. Der zweite war es wenig. In der That führte uns ein Personenzug, natürlich ein deutscher, weiter und legte uns um 3 1/2 Uhr Nachmittags bei Royon, einer Station in der Nähe von Charleville ab, nachdem wir durch Crépy, Soissons und Reims gekommen waren. Wir hatten Paris in düsterer Stimmung verlassen. Bei unserer Ankunft in Charleville, im Begriffe, die belgische Grenze zu überschreiten, waren wir fast heiter und wir thaten dem Diner im Hotel, das uns ganz ausgezeichnet vorlief, alle Ehre an. Es war also wahr, es gab noch Cotelets, Fische und Gänseleberpasteten. Am Sonntag um 3 Uhr 25 Minuten waren wir in Brüssel. Wir verbrachten fast 3 Tage, um den Weg zurückzulegen. Da wir aber zwei Nächte in Chantilly und Charleville verbrachten, so war die Ermüdung nicht groß.

Der Bürgermeister von Brüssel, Herr Anspach, ist mit einem Lebensmittel-Transport nach Paris abgereist, welcher für nothleidende Belgier bestimmt ist.

Der neueste londoner „Daily Telegraph“ bringt über eine Spalte telegraphischer Depeschen von seinem Berichterstatter in Versailles, welche die Zustände in Paris nach der Kapitulation zum Gegenstande haben. Wir geben aus ihnen folgende Zusammenfassung:

3. Februar. Seit Abschließung des Waffenstillstandes herrscht die größte Ruhe; am Sonntag und Montag versammelten sich allerdings aufgeregte Gruppen auf den Boulevards und in den Haupt-Passagen und Arkaden. Diese Versammlungen waren die Folge der Aufhebung der nächtlichen Kurbel. Bei mehr als einer Gelegenheit haben Frauenpersonen zu den versammelten Mengen geredet; sie schimpften auf die Unthätigkeit der Männer und forderten zu einem Angriff auf das Stadthaus auf; aber ihre Pörsenorgie wurde meist mit Gleichgültigkeit aufgenommen. Seit nun aber am Montag Abend das Dekret, welches die Klubzusammenkünfte verbot, aufgehoben worden ist, haben die Versammlungen im Freien aufgehört. Mehrere Plakate an den Straßenenden von obstrukten Persönlichkeiten unterzeich-

net, haben zum Widerstande gegen die Regierung und zur Nichtbeachtung des Waffenstillstandes aufgefordert. Das Publikum behandelt dieselben mit größter Gleichgültigkeit. Während einige von den größten Mitgliedern der Regierung als Kandidaten für die Nationalversammlung auftreten wollen, wünscht Trochu nach der Beträge zurückzukehren und sich ins Privatleben zurückzuziehen. Er war nie weniger populär als jetzt und offen werden Drohungen ausgesprochen, ihn zu erschließen. Die Matrosen traten ihren Rückzug aus den Forts halb mit Widerwillen an, nachdem der Kommandant von Montreuil Selbstmord begangen hatte. An der Brücke von Neuilly finden sich täglich ganze Massen von Landbewohnern der Nachbarschaft ein, welche in Paris Zuflucht gesucht hatten, und jetzt gerne die preussischen Vorposten passieren möchten. Aber die französische Regierung weigert sich, andere als persönlich lautende Pässe auszustellen und diese sind nur unter großen Schwierigkeiten zu haben. Die Pariser befinden sich unter dem Eindrucke, die Preußen würden nicht in Paris einziehen, und die vollen Bedingungen der Kapitulation sind ihnen noch immer unbekannt, da sie glauben, der Feind werde die Geschütze auf den Forts nicht wegnehmen. Die Preise der Grundvorräthe sind noch nicht herabgesetzt worden. Von den 100.000 Pfunden, die Paris ursprünglich hatte, sind 66.000 geschloffen worden; 3.000 Omnibusse, welche die Regierung requirirt hatte, sind nunmehr zurück-erstattet worden. Die weibliche Bevölkerung von Belleville und La Villette giebt ihrem Haß gegen die Deutschen ungezügelt Ausdruck. Creffon, der pariser Polizeipräsident, ist in Versailles eingetroffen, um ein Pässsystem zwischen Versailles und Paris einzurichten. Die deutschen Truppen werden am Morgen des 20. Februar in Paris einziehen, entweder als Freunde oder als Sieger, je nach dem Verhalten der Nationalversammlung in Bordeaux. Als ein Beispiel für die vollständige Organisation der preussischen Armee sei bemerkt, daß eine halbe Stunde nach Abschluß der Kapitulation acht preussische Postwagen nach Paris hinfuhren, und daß noch am nämlichen Abend ein preussisches Postamt eingerichtet wurde.

Eine Briestaube soll, wie auch die „Gazette de France“ anführt, die Unglücksbotschaften aus dem Norden und Westen kurz vor Eröffnung der Unterhandlungen nach Paris gebracht haben. Diese Botschaften seien geheimgehalten worden, hätten aber entscheidend im Sinne des Nachgebens gewirkt. Eine dieser geheimen Botschaften habe die an Trochu gerichteten Worte Gambettas enthalten: „Seien Sie versücht. Ihre Unthätigkeit hat die Republik ins Verderben gestürzt.“ Eine andere Botschaft war an S. Favre gerichtet und lautete: „Unterhandeln Sie schnell und um jeden Preis. Es bleibt uns nichts übrig, als Alles zuzugeben, um die Republik zu retten.“ Also berichtet „Paris-Journal“ vom 26. Januar und fordert die Regierung auf, wenn diese Botschaften nicht wirklich eingetroffen seien, es zu dementiren.

Bordeaux. Zwölf Blätter, „Courrier de la Gironde“, „Constitutionnel“, „Français“, „France“, „Gazette de France“, „Gyenne“, „Journal de Bordeaux“, „Liberté“, „Patrie“, „Provence“, „Union“ und „Univers“ hatten für das pariser und gegen das Gambettasche Wahldekret einen Protest eingelegt und waren deswegen von der Polizei mit Beschlagnahme belegt worden. Der amtliche „Moniteur“ drückte nachträglich sein Bedauern hierüber aus, um die Verantwortung von Gambetta auf untergeordnete Verwaltungsbeamte abzuwälzen. Der Protest lautete:

Die unterzeichneten Vertreter der pariser Presse und der Presse von Bordeaux: in Erwägung, daß die Regierung der Nationalversammlung ausschließlich der Mitglieder der gegenwärtigen Delegation von Bordeaux unter dem 8. September 1870 ein Dekret erlassen hat, welches die Bedingungen der Wahlbarkeit ist nach dem von der gesetzgebenden Versammlung beschlossenen Gesetz vom 15. März 1849 feststellt; in Erwägung, daß im Monat Oktober vorigen Jahres und gerade wegen der Wahlen Herr Gambetta ein amtlich verfaßtes Dekret der Delegation annullirt hat mit der Erklärung, daß die Dekrete der Regierung von Paris allein verbindlich sind; daß es demgemäß nicht einer Reklamation der Regierung zuzuhören kann, dasjenige, was durch die gesamte Regierung festgestellt worden, zu modifiziren; in Erwägung, daß das Dekret vom 8. September 1870, welches von der Regierung der nationalen Vertheidigung aufrecht ergaltem, im „offiziellen Journal“ von Paris veröffentlicht, angeschlagen und nur in dem Sinne modifizirt worden ist, daß es die Kandidatur der Präfekten ausschließt, allein gültig ist und daß es das Dekret der Delegation von Bordeaux annullirt; in Erwägung, daß das von dieser Delegation unter dem 31. Januar erlassene Dekret der Wahlfreiheit eine schwere Verletzung zuzieht, da es von der Wahlbarkeit mehrere Kategorien von Bürgern ausschließt, indem es das Recht der Wähler willkürlich beschränkt; in Erwägung, daß dieses Dekret nicht nur durch seine Ausföhrungen, sondern auch durch das den Präfekten gewährte Privilegium, sich im Widerspruch mit den weissen Bestimmungen des Gesetzes von 1849 in ihren Departements als Kandidaten aufzustellen, die Wahlfreiheit verlegt; endlich in Erwägung, daß die demnachstige Nationalversammlung die Kraft, deren sie so sehr bedarf, nur aus der vollen und unbeschränkten Aufrichtigkeit der allgemeinen Abstimmung erlangen kann; erklären die unterzeichneten Vertreter der Presse zu protestiren unter Vorbehalt aller Rechte und der unbedingten Unabhängigkeit der Wähler.

Die „France“ ging noch am 4. heftig gegen Gambetta los. Sie sagte u. A.:

Nachdem die Partei, die sich Gambetta zum Führer erlesen, die am Tage nach dem 4. September ertheilte Zusage nicht mehr hinterreiben konnte, wolle sie wenigstens eine nach seinem Bilde geschaffene Versammlung durchziehen. Diesem Zwecke wäre Alles untergeordnet, die sei der Gedanke, der Gambettas Proklamation, Wahldekret und Rundschreiben an die Präfekten eingegeben habe; den Vertretern seiner Ideen, seinen Kreaturen und Agenten öffne Gambetta Thür und Thor. Auf diesem Wege werde Frankreich keine Vertretung des Landes, sondern eine Vertretung des Herrn Gambetta erhalten, eine Versammlung, welche den Krieg im Geiste Gambettas wolle und nur nach seinen Wünschen stimmen werde. Von allen Entbehrungen, die das Land betroffen, sei diese die unerträglichste: nicht mehr zu Gunsten eines Prinzipps oder einer Regierung solle das allgemeine Stimmrecht verstümmelt werden, sondern zu Gunsten eines Menschen, dessen ganzes Verdienst darin bestehe, daß er eine schwierige Lage durch solche Einfälle und verwegenen Dünkel zu einer verzweifeltsten gemacht habe! Die Frage stelle sich nicht zwischen Jules Simon und Gambetta, sondern zwischen der bestehenden Regierung und einem ihrer Mitglieder, zwischen denen, welche eine ehrliche Vertretung des Landes, und jenen, welche nur eine Vertretung ihrer eigenen Person wollen. Samitten aller Leiden gebe es ein Prinzip, um welches sich Alles scharen müsse: das der Volkssouveränität. Durch dieses allein behalte man Aussicht, dem Feinde einen wirklichen Widerstand entgegen zu setzen, wenn seine Friedensbedingungen etwas unannehmbar sein sollten. Aber wenn ein Diktator — ein Einzelnr oder

eine Partei — sich herausnehmen, sich über den Nationalwillen zu erheben, so sei der Widerstand im Voraus gelähmt und es bleibe keine andere Wahl mehr, als in den Abgrund hineinzuspringen, den Kurzsichtigkeit, Mangel an Erfahrung und jede Eitelkeit geöffnet habe.

Der „Français“ wendet sich besonders gegen die Befähigung Gambettas zu seiner Rolle als Kriegsminister. Er schildert ihn, wie er den unglaublichen Anspruch mache, von seinem Kabinete, seinem Eisenbahnwagen und der Kajüte der „Gironde“ aus die militärischen Operationen der Generale zu leiten. Als Probe wird eine Stelle aus einer Depesche mitgeteilt, welche Hr. v. Serres, „ein junger Ingenieur, dessen Feldzugsplan den Kopf des Kriegsministers so erhitze, daß er denselben dem Stabe Bourbais auflegte“, an Gambetta richtete. Es heißt darin: „In Betreff dessen, was Sie als gelehrte Manöver zwischen den beiden feindlichen Gruppen bezeichnen, dürfen Sie sich selbst Glück wünschen, indem Sie nicht vergessen werden, daß dies wiederum Ihre Ideen sind, welche durch meine Hand zu diesem schönen Ziele beigetragen haben.“ Der „Français“ macht hierzu die Bemerkung: „Wer in diesem Augenblicke noch lachen könnte, der würde sich schwer des Lachens erwehren, wenn er einen kaum der Schulbank entlaufenen kleinen Ingenieur Herrn Gambetta die Ehre beilegen hört, daß er diese schönen Manöver der Armee erfunden habe. Diese „savantes manoeuvres“ haben die Armee vernichtet und Bourbais zum Selbstmorde gebracht.“

Die Adjunkten des Maires von Lyon haben folgende Proklamation erlassen: An die Bewohner von Lyon! Eine Deputation von Bürgern ist gestern ins Rathhaus gekommen; sie übergab den vereinigten Municipalräthen folgende Adresse: „Krieg bis zum Aeußersten. Errichtung einer konventionellen Regierung zu Lyon. Ernennung eines aus nur von den Städten ernannten Departements-Delegirten zusammengesetzten Konvents. Ernennung einer Kommission von dreißig Mitgliedern, welche in Permanenz sein werden, da sie die Mandatare des Volkes sind. Keine Verhaftung ohne die Ermächtigung dieser Kommission.“ Was die drei ersten Punkte betrifft, so hat der Rath seit dem 28. Januar die vorgeschlagenen Beschlüsse gefaßt und ihnen dadurch einen Anfang der Ausführung gegeben, daß er der Regierung von Bordeaux und allen wichtigen Städten Frankreichs ein Zirkular in der Absicht zusandte, um sie zu bestimmen, Delegirte zu ernennen, welche einen mit der Vertretung betrauten Regierungsrath bilden sollen. Der Rath hat außerdem drei Delegirte nach Bordeaux geschickt, um diese Forderung und die schnelle Organisation der Verteidigung und die Installation der mit der Verteidigung betrauten Regierung zu Lyon zu befürworten. Die Bürger Hénon, Barodet und Vallier, in Bordeaux angekommen, melden in folgender Depesche über den ihnen gewordenen Empfang.

Bordeaux, 1. Februar. Alle Mitglieder der Regierung mit Jules Simon, der hier angekommen ist, gesprochen. Sehr gute Aufnahme. Gambetta ist glücklich wegen der uns beselnden Idee. Die Delegation zu Toulouse hat die nämlichen Ideen und Absichten wie wir. Hénon.“

Der Gemeinderath, voll Vertrauen in seine Delegirten, erwartet mit Ungeduld das Resultat ihrer Schritte; er wird mit Entschlossenheit die in seinem Namen genommenen Verpflichtungen ausführen und rechnet auf den Patriotismus des Volkes ihm in dieser Mission zu helfen. (Folgen die Unterschriften der Adjunkten.)

Florenz, 4. Februar. Schon seit zwei Wochen beschäftigt sich die italienische Kammer in täglichen Sitzungen mit dem Gesetzentwurf über die Sicherheiten für die Unabhängigkeit des Papstes und die freie Ausübung der geistlichen Gewalt des heiligen Stuhls. Die allgemeine Diskussion ist endlich fertig geworden und die artikelweise Berathung hat begonnen. Wenn's gut geht, wird das Gesetz noch vor dem Ende des Karnevals durchberathen sein. Es ist zu wünschen, daß dasselbe, trotz der närrischen Zeit, in welcher es entstanden, sich als ein ernsthaftes Ding ausweisen möge, ohne zu allzu trübseligen Aschermittwochs-Betrachtungen Anlaß zu geben. Und doch sind beide Befürchtungen gerechtfertigt: daß die Kammer gegenwärtig ihre Zeit verliere mit einem Unternehmen ohne Bedeutung und ohne Bestand, oder daß sie in leichtfertiger Dilettantismus ein Werk schaffe, in welchem Italien später ein Hinderniß seiner staatlichen Freiheit, seiner geistigen und moralischen Entwicklung zu erkennen hat. Das zu gleicher Zeit und sogar bei denselben Personen beide Befürchtungen sich geltend machen können, erklärt sich, wenn man erwägt, daß es sich darum handelt, in einer nie dagewesenen Lage nie dagewesene legislatorische Maßregeln zu ergreifen. Das Papstthum ist im Guten und Schlimmen das Privilegium Italiens gewesen, dessen es sich auch heute nicht zu entkleiden vermag. Zwar die weltliche Gewalt des Papstes ist gefallen; aber der Papst bleibt das Oberhaupt nicht nur der italienischen Kirche, sondern der katholischen Kirche der ganzen Welt. Wie soll sich das Verhältniß des Staates Italien zu diesem Haupte einer weit über die Staatsgrenzen hinausreichenden Institution gestalten? — Das ist die Frage, welche die italienischen Gesetzgeber in einem Gesetze zu beantworten suchen, wie noch kein ähnliches zu irgend einer Zeit in irgend einem Lande geschaffen worden ist oder zu schaffen war. Kein Wunder, daß man den unbekannten Boden

unsicheren Fußes betritt und daß, während die Einen auf Geradenwohl wandern, die andern vor tausend unbekannten Gefahren erschrocken stehen bleiben. (N. 3.)

Lokales und Provinzielles.

Posen, 10. Februar.

— Sämmtliche Eisenbahnzüge und somit auch alle Posten sind seit gestern früh ausgeblieben. Wie uns mitgeteilt, liegt der Eisenbahnzug 5 der Märkisch-Posener Bahn, der vorgestern Abends 10 Uhr hier eintreffen sollte, verschnitten bei But und alle bisher angewandten Anstrengungen denselben vor oder rückwärts zu bringen sind erfolglos geblieben.

— Militärisches. Mittwoch rüden von hier Rekruten für das 47. Ersatzbataillon in Strazburg, welches vor Kurzem 20 Mann nach Paris entsandt hatte, unter Führung des Lieutenants, Hrn. Rittergutsbesitzer Schmädde, ab. — Freitag geht von hier der Fuhrpark, welchen der Reg.-Bzirk Posen gestellt hat, in Stärke von 200 Wagen, unter Führung des Hrn. Lieutenant Frische, nach Frankreich ab.

— In der Neuenstraße führen zwei Dominial-Schlitten, schwer mit Kohlen beladen, Mittwoch Abend 10 Uhr die N.-u.-straße hinunter, und gerathen dabei so sehr in Schuß, daß sie an der Ecke des Hauses, Alten Markt und Neuenstraße, anprallten, der eine von ihnen total zerbrach, und die Steinkohlen sämmtlich auf die Erde rollten. Noch Donnerstag Mittags lagen dort Schlitten und Steinkohlen und sperrten die Passage.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* „Des deutschen Kriegers Heimkehr aus Frankreich. Ein Cylindus von 25 patriotischen Gesängen und beliebten Kriegs-, Soldaten- und Volksliedern, mit verbindender Deklamation ausgewählt, geordnet und gedichtet von Rudolf Dietlein. Für vierstimmigen Männergesang arrangirt und komponirt von C. Stein, Königl. Musikdirektor. Preis 10 Sgr. Partiturbearbeitung 20 Exemplare 5 Sgr.“ Diese Sammlung von 25 Liedern ist ein getreues Abbild des Soldaten- und Volksliedes vom Jahre 1870 und 1871, denn es sind eben die Lieder, welche im deutschen Heere am liebsten und öftesten gesungen wurden und wozu sich einige neuere gesellen. Sie alle sind durch eine fortlaufende Deklamation miteinander eng verbunden. Diese, die Lieder verbindende Deklamation verfolgt einen doppelten Zweck. Sie will nämlich einerseits die Zuhörer in die rechte, zum verständnißvollen Genuße der Lieder geeignete Stimmung versetzen, andererseits aber ihnen zugleich auch die bedeutendsten Momente, die wichtigsten Momente, Thaten und Ereignisse dieses großen weltgeschichtlichen Völkerdramas, in kurzen markirten Strichen und Zügen vor die Seele führen. Gesangsvereine sind diese Lieder zu empfehlen für patriotische Konzerte, besonders für Feierlichkeiten, die den heimkehrenden Krieger bereiten werden dürfen.

* Von J. G. Fr. Canavialis Lehrbuch der Geographie nach den neuesten Friedensbestimmungen, achtzehnte Auflage, neu bearbeitet von Prof. Dr. Friedrich Maximilian Dertel, ist kürzlich im Verlage von B. F. Voigt in Weimar die erste Lieferung des zweiten Bandes erschienen. Die der jetzt vollständig vorliegende erste Band des Werkes die Allgemeine Geographie und Europa behandelt, so wird der zweite die sämtlichen außereuropäischen Länder zum Inhalt haben und, wie die Verlagsanmeldung andeutet, unter Zugrundelegung der nämlichen Prinzipien, welche den Herausgeber beim ersten Bande geleitet haben, bearbeitet werden. Die vorliegende Lieferung enthält Afrika und Allgemeines über Asien. Die folgenden Lieferungen werden in kurzen Zwischenräumen dieser ersten folgen.

* „Der Arbeiterfreund, Zeitschrift des Zentralvereins in Preußen für das Wohl der arbeitenden Klassen.“ Wir haben diesmal zwei Hefte des laufenden Jahrgangs dieser sozialistischen Zeitschrift zu besprechen, deren unmittelbare Wirksamkeit während des gegenwärtigen Krieges zwar nicht erheblich sein kann, welche aber ihres wissenschaftlichen Gehalts wegen sogar inmitten der großen politischen Ereignisse auf Beachtung Anspruch machen darf. Im vierten Hefte beschäftigt Herr H. Wälder, ein praktischer Landwirth zu Koronowo, die Lage der ländlichen Handlanger Arbeiter in Pommern und Posen, charakterisirt ihren moralischen und Leistungswert, schildert die Schwerkerteile, in welche die Grundbesitzer wegen des drohenden Mangels an festen Arbeitern gerathen sind, und schlägt wirtschaftliche Maßregeln vor, mittelst deren ein Stamm tüchtiger Leute für die großen Güter gewonnen werden kann. Eine sehr gebirgige und auf zahlreiche Quellen gestützte Abhandlung des Dr. Hugo Senfleben, welcher seinen Wohnsitz London verlassen hat, um Dienste im deutschen Heere zu thun, beschäftigt sich mit der deutschen Auswanderung über See. Es wird deren Bedeutung für Heimat und Fremde dargelegt, eine sorgfältige Auswahl statistischer Nachweisungen gegeben, die einschlägige Gesetzgebung der als Auswanderungsziele vorzugsweise beliebten Länder in kurzen Zügen mitgeteilt, Land und Leute und Arbeitsgelegenheiten geschildert und über die zweckmäßigste Ein- und Auswanderung, wie über die angemessenste Art der Niederlassung unparteiisch guter Rath erteilt. Unter den kleineren Mittheilungen des Redakteurs R. Brämer machen wir besonders auf zwei aufmerksam, von denen eine die mühselige Geschichte der Bauernschaft betrifft und die andere auf die bedenkliche Agitation der clerikalen Partei in sozialer Richtung aufmerksam macht. — Im fünften Hefte liefert der Statistiker R. Brämer eine Uebersicht der wichtigsten Nachrichten, welche über die Verhältnisse im preussischen Staate, insbesondere über die handarbeitenden Klassen vorhanden sind; im Interesse der sozialistischen Parteien, vielfach mit Erfolg, in Umlauf gesetzte falsche Zahlen erhalten hierdurch eine sehr notwendige Beleuchtung und Widerlegung, wie denn eine gute Ausnutzung der Statistik das sicherste Mittel bildet, den für das Volkwohl nachtheiligen Parteidarstellungen ihren gefährlichen Charakter zu nehmen. Aus derselben Feder rührt eine englischen Quellen entnommene allgemeine Uebersicht der wirtschaftlichen Zustände der verschiedenen Gattungen von Arbeitern her, an deren Schluß die Reform- und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiete in Deutschland geschildert und ihrem Werth nach beurtheilt werden. Den Schluß des Hefes bildet eine Kritik der kunstindustriellen Vorschläge Dr. Schwab's seitens des Handwerker-Vereins in Danzig, nebst einer Entgegnung des Dr. Schwab; beide Parteien kommen in der Sache überein, so daß es sich bei der Polemik im Grunde bloß um Nebenpunkte handelt.

B e r i c h t e s .

* Bertha Weiß scheint einen Doppelgänger zu haben. Denn während die Berliner Blätter melden, daß sie in Berlin sich gegenwärtig aufhalte und dort ihre Schwindelkuren fortsetze, schreibt man der „Prom. Stg.“

aus Conig, 3. Februar. Im Laufe des gestrigen Tages kam hier ein Fähnrich vom 21. Regiment mit Privatfuhrwerk von Tugel an und legte in Buchards Hotel ein. Er gab sich für einen Neffen des Generals v. Werder aus, kaufte beim Uhrmacher Stabs eine Uhr und ließ den Namen v. Werder eingraviren. Auf dem hiesigen Landwehr-Bureau zeigte er ein Schreiben aus dem Hauptquartier des Königs, wonach er beauftragt worden sei, die noch zurückgebliebenen Landwehrmänner, desgleichen die Mannschaften, die sich freiwillig aus dem Landsturm gemeldet haben, zu beordern, auch die etwa vorhandenen Liebesgaben in Empfang zu nehmen. Der Tugeler Polizei war der angebliche Fähnrich verdächtig erschienen, so machte die hiesige Polizei darauf aufmerksam und diese stellte nun fest, daß der Neffe des Generals v. Werder die in Sitzungen vielgenannte Bertha Weiß sei. Sie wurde aus dem Hotel nach dem Polizeigefängnisse abgeführt, wo sie über Nacht bleiben mußte. Nachdem sie heute Mittag von der Polizei vernommen worden, wurde sie nach dem Gerichtsgefängnis gebracht. Morgen soll die gerichtliche Vernehmung stattfinden. Trodem die qu. Weiß bereits als Betrügerin bestraft worden ist, scheint sie ihr abentheuerliches Leben weiter führen zu wollen. Sollte man es nicht einer Irrenanstalt zu thun haben?

* Kriegsentfädigung Frankreichs an Deutschland. In der „Econome“ von Tournay ergiebt sich ein liebhaber statistischer Berechnungen in folgenden Betrachtungen über die angebliche Summe von vier Milliarden, welche Frankreich als Kriegsentfädigung zu zahlen haben soll. Vier Milliarden in Stück von fünf Francs wiegen 20,000,000 Kilogramme. Es bedürfte also, um sie mit Einemmale auf der Eisenbahn zu befördern, eines Zuges von 4000 Wagen, da jeder Lastwagen durchschnittlich 5000 Kilogramme trägt. Wenn man anstatt der Eisenbahnwagen gewöhnliche Lastwagen zu zwei Pferden nähme, so bedürfte es deren etwa 14,000, die in der Reihe hinter einander fahrend, einen Weg von 30 Wegstunden einnehmen würden. Die fünf Francs-Stücke platt nebeneinander gelegt, würden eine Kette von 25,000 Kilometres einnehmen, in Stück von Einem Franc aber die Länge von 92,000 Kilometres; eine solche Strecke zu durchlaufen, würde eine Lokomotive mit der bis jetzt erreichten größten Schnelligkeit beinahe vier Tage brauchen. Seit Christi Geburt sind noch nicht ganz eine Milliarde Minuten verlaufen. Hätte man also seit 1870 Jahren jede Minute vier Francs zurückgelegt, so könnte man damit noch nicht die verlangte Summe baar bezahlen. In Gold wiegen die vier Milliarden etwa 1,300,000 Kilogramme, also die Ladung von 260 Waggons zu 5000 Kilogrammen.

* Der Sängerin Fr. Tietjens ist ein fatales Mißgeschick passiert. In einem Londoner Zeitungsinserat stellt sie einer Zahntinktur das Zeugnis aus, „dieselbe habe trefflich gewirkt und das Zahnweh so plötzlich gestillt, als hätte sie nie daran gelitten.“ Die Sängerin muß sehr zerstreut sein, denn in demselben Blatte, in dem die Reklame für die Zahntinktur enthalten ist, kündigt ein Zahntechniker seine wunderbaren Geheime an, wobei er sich auf ein Zeugnis des Fr. Tietjens beruft, die ihm bestätigt, daß seine „ganz neuen Geheime“ vollkommenen Kunstwerke sind und sich so wenig fremdartig im Munde fühlbar machen, als hätte man gar kein falsches Gebiß.“ Jetzt wird es uns auch erklärlich, weshalb die Zahntinktur bei Fräulein Tietjens stets das Zahnweh so gründlich heilt, als hätte sie „nie daran gelitten.“

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wajner in Posen.

Neueste Depeschen.

London 9. Febr. Die Königin eröffnete das Parlament mit folgender Thronrede: Der Krieg, der bisher gewüthet, könne möglicher Weise in wenigen Tagen wieder beginnen, wenn nicht Mäßigung die Friedenshindernisse beseitigt. England habe strenge Neutralität beobachtet, jede ausschließliche Intervention vermeiden, der gegenwärtige Waffenstillstand lasse endlich eine vollständige Verständigung hoffen, welche mit Sicherheit die Ehre der beiden Nationen vereinbare. — Zur Annahme des Kaiserthums durch den König von Preußen habe die Königin ihre Glückwünsche abgestattet. Dieses Ereigniß bezeuge die Festigkeit und Unabhängigkeit Deutschlands und könne der Stetigkeit der europäischen Staatsverhältnisse nur zuträglich sein. Die Thronrede hofft, das Resultat der Konferenz werde die Prinzipien des öffentlichen Rechts und der allgemeinen Politik betreffend der Verträge aufrechterhalten und andererseits ein herzliches Einvernehmen der Mächte bezüglich der Orientfrage herbeiführen. Die Königin bedauert die Abwesenheit des französischen Gesandten auf der Konferenz. Bezüglich des Ausgleiches der schwebenden Frage mit Nordamerika sei eine besondere Kommission eingesetzt. Die Königin bedauert ferner, daß die Untersuchung bezüglich der Marathonaire noch nicht abgeschlossen sei, sie werde bestrebt sein, den Abschluß herbeizuführen. Die Thronrede hebt die freundlichen Beziehungen zu allen zivilisirten Mächten hervor, geht dann zu den inneren Angelegenheiten über, und verspricht eine Reihe von Gesetzesvorlagen, darunter eine bezüglich der Heeresorganisation.

London, 10. Februar. Im Unterhause kündigte Cardwell die Gesetzesvorlage über die Militärorganisation für Donnerstag an; in der Adreßdebatte tadelte Disraeli die Energielosigkeit der Regierung und daß dieselbe in der Postangelegenheit Preußen einen Nichtaktirten konsultirte. Gladstone vertheidigte die Regierungspolitik der Neutralität und Nichtintervention. England habe den König von Preußen gebeten, Paris nicht zu bombardiren. Der Minister appellirte an das Vertrauen des Hauses. Die Adresse wurde angenommen. Im Oberhause fand ebenfalls die Adreßdebatte statt. Richmond tadelte an der Thronrede besonders den Theil über Konferenzzusammentritt ohne Frankreich. Granville erklärte, die Regierung habe strenge Neutralität eingehalten. Frankreich habe den Zusammentritt der Konferenz genehmigt. Die Konferenzbeschlüsse würden erst nach Beendigung des Krieges zum Vertrag erhoben werden. Granville theilte mit, daß je fünf Kommissionsmitglieder zur Schlichtung der englisch-amerikanischen Differenzen ernannt worden. Die Adresse wurde angenommen.

Börse-Telegramme.

Berlin, den 9. Februar 1871. (Telegr. Agentur.)			
Not. v. 8.		Not. v. 8.	
Weizen Rill, Febr.-März	76	Rindg. für Roggen	—
April-Mai	77	Rindg. für Spiritus	20000
Roggen Rill, Febr.-März	53	Bundesscheide matt.	98
April-Mai p. 1000 Rill.	53½	Märk.-Pos. St.-Aktien	40½
Mai-Juni	54½	Pr. Staatsanleihe	89
Waidg. geschäftslos, Febr.-März	28 20	Pos. neue 4½ Pfandbr.	84
April-Mai p. 100 Rill.	—	Posener Rentenbriefe	84½
Eisenst. fest, Februar	16 000 R. 17. 8	Franken	205
April-Mai	17 20	Bombarden	99½
Mai-Juni	17 24	1860er Loose	77½
Ober, Februar p. 1000 Rill.	47	Italienan	54½
Kanalliste für Roggen	—	Amerikaner	96
Kanalliste für Spiritus	—	Erlän	41½
		7½-prog. Rumänier	46½
		Poln. Liquid.-Pfandbr.	58½
		Russische Banknoten	79½

Stettin, den 9. Februar 1871. (Telegr. Agentur.)			
Not. v. 8.		Not. v. 8.	
Weizen Rill, Febr.-März	77½	Waidg. geschäftslos, Febr.-März	29½
Mai-Juni	78½	April-Mai	29
Roggen Rill, Febr.-März	53	Mai-Juni	27
April-Mai	53½	Eisenst. fest, Februar	16½
Mai-Juni	54	April-Mai	17½
Erbsen	—	Mai-Juni	17½
		Waidg. geschäftslos	—
Meteorologische Beobachtungen zu Posen.			
Datum.	Stunde.	Barometer 233' über der Offic.	Therm. Wind. Wolkenform.
9 Febr.	Nachm. 2	27° 10" 17	— 14°8 DND 3-4 bedekt. Schnee.
9.	Nachm. 10	27° 9" 17	— 14°0 DND 3-4 bedekt. Ni.
10.	Morgs. 6	27° 9" 16	— 14°2 ND 2-3 bedekt. Ni.
Wasserstand der Warthe.			
Posen, am 9. Februar 1871, Vormittags 8 Uhr, 3 Fuß 3 Zoll.			
10.			

Breslau, den 8. Februar.			
Preise der Cerealien.			
In Silbergrößen pro preuß. Schfl.	In Thlr., Sgr. und Pf. pro 260 Boll.	pfund = 100 Kilogramme.	
feine m. orb. B.	feine	mittlere	orb. Maare.
Weizen m. 89-92 85	77-82 1/2	7 9	6 22
do. g. 88-90 67-71	7 7	7 4	6 25
Roggen 63-64 61	58-60 7	5 2	6 42 5
Gerste 52-55 43	43-45 4	4 29	4 13
Ofer 34-35 32	30-31 4	4 16	4 20
Erbsen 73-78 70	35-36 5	5 12	5 25
In Silbergrößen pro 150 Pfd. Brit.			
Raps	270 Sgr.	260 Sgr.	240 Sgr.
Wintererbsen	258	216	230
Sommererbsen	238	228	210
Dotter	192	182	172
Schlaglein	190	180	170